

Auf der anderen Seite muss man wissen: Wenn wir uns auf der Ebene des Verbraucherschutzes in die richtige Richtung bewegen, dann müssen auch all die Dinge, die mit der Schlachtung der Tiere zu tun haben, auf einem sehr hohen Niveau stattfinden. Es gibt die EU-Hygieneverordnung.

Letztlich ist es wichtig, dass unsere Schlachtstätten, speziell die kleinen Schlachtstätten, diesen Anforderungen entsprechen. Die Betriebe hatten für diese neuen Anforderungen, die bis zum 31. Dezember 2009 erfüllt sein müssen, eine vierjährige Übergangsfrist. Im Moment - das merke ich an den Anfragen und Nachfragen - versuchen noch einige, diese Dinge zu erreichen. Die Übergangsfrist ist lang genug gewesen, sodass wir auf der Ebene der Europäischen Union hinsichtlich einer Verlängerung überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr haben. Das heißt, alle Betriebe, die nach dem 1. Januar 2010 noch schlachten, haben den EU-Hygienestandard.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Eine weitere Zusatzfrage stellt Frau Kollegin König von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön!

Marianne König (LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Eben ist angeführt worden, wir produzierten hier in Deutschland 87 % des Geflügelfleisches, und 13 % würden eingeführt. Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland Hähnchenschenkel und -brüste verzehrt werden und dass die Nebenprodukte ins Ausland gehen, frage ich: Wie wollen Sie verhindern, dass diese Produktion ins Ausland, in Schwellenländer geht und dass Billigprodukte dort heimische Märkte zerstören?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Ehlen. Sie haben das Wort, Herr Minister. Bitte schön!

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin! Frau Kollegin König, es ist nun einmal so, dass es weltweit verschiedene Verzehrsgewohnheiten gibt. Das muss man wissen. Deshalb sehe ich es als positiv an, wenn hier ein gewisser Austausch erfolgt. Ich habe vorhin in einer Antwort ja bemängelt, dass wir noch sehr viel einführen. Das sind Teile, die in den Ländern, aus

denen sie kommen, gar nicht so sehr gefragt sind. In Deutschland und in Europa gibt es dafür aber eine große Nachfrage.

(Marianne König [LINKE]: Warum sind sie dort nicht gefragt?)

- Wer einmal in China gewesen ist, wundert sich, dass aus einer Suppe, die man dort isst, plötzlich Hühnerbeine herausgucken. Ich sage es hier einmal so platt.

(Heiterkeit)

Das sind dort Delikatessen. Deshalb sollten wir es auch nicht so abtun, als ob das irgendwie billige Abfälle seien. Wir haben es hier mit einem Markt zu tun, der sich in der Region letztendlich so darstellt, dass man solche Teile gerne kaufen will. Man sollte unseren Betrieben dann auch die Möglichkeit geben, diese Teile dorthin zu verkaufen, wo es dafür einen Markt gibt. Diese Teile sollten also nicht unbedingt in die Tierkörperbeseitigung gegeben werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Zusatzfragen zu diesem Punkt liegen nicht vor.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 11 c** auf:

Klimaschutz: Wann kommt der Zukunftsvertrag mit den Eisbären? Bleibt die Landesregierung die Festlegung auf eigene Ziele beim Klimaschutz schuldig? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2005

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird Herr Kollege Wenzel die Anfrage einbringen. Bitte schön, Herr Wenzel!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe die Dringliche Anfrage meiner Fraktion ein: Klimaschutz: Wann kommt der Zukunftsvertrag mit den Eisbären? Bleibt die Landesregierung die Festlegung auf eigene Ziele beim Klimaschutz schuldig?

Die Landesregierung hat beim Klimaschutz nach Auffassung von Experten bislang eine verbindliche Festlegung auf ein anspruchsvolles Klimaziel und ein Klimaschutzkonzept vermieden. Angesichts der

globalen Herausforderung beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen müsse nicht nur die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag leisten. Auch jedes Bundesland müsse sich auf ein Reduktionsziel verpflichten und ein Klimaschutzkonzept auf den Weg bringen.

Wenn sich die Menschheit in Kopenhagen nicht auf ein engagiertes und völkerrechtlich verbindliches Abkommen zum Klimaschutz einigen könne, drohe eine Entwicklung, die die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 °C massiv gefährdet. Damit würde die Gefahr von Kippeffekten verstärkt, die innerhalb relativ kurzer Fristen zu massiven Veränderungen unserer Welt führen können.

Um eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf höchstens 2 °C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen, müssen die Industrieländer nach Einschätzung von Sachverständigen ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 % gegenüber dem Jahr 1990 reduzieren. Bis zum Jahre 2050 müssen die Emissionen um 80 % oder gar bis zu 95 % reduziert werden.

Bislang hat die 73. Umweltministerkonferenz zwar das Ziel der Bundesregierung unterstützt, bis 2020 eine Reduzierung um 40 % vorzusehen. Allerdings ist von der Landesregierung bislang keine Äußerung bekannt, die sich dieses Ziel zu eigen macht. In einer Pressemitteilung vom 4. Dezember 2009 zur Kopenhagen-Konferenz vermeidet Umweltminister Sander - so die Beurteilung sachkundiger Beobachter - konkrete Festlegungen für das Land Niedersachsen.

Um das o. g. anspruchsvolle Klimaziel zu erreichen, sind nach Einschätzung Dritter eine konkrete Klimastrategie, ein Klimaschutzkonzept und ein Maßnahmenpaket erforderlich. Eine Klimastrategie und ein Konzept fehlen bei der Landesregierung bislang. Statt eines konkreten Maßnahmenpaketes gebe es nur eine Auflistung von kleineren Einzelprojekten. Der Wirtschaftsminister und der Umweltminister schreiben dieser Tage an den Bürgermeister von Norderney, dass man „auf absehbare Zeit“ nicht auf den „Energieträger Kohle“ verzichten wolle, obwohl die Leistungskennziffern auch neuer Anlagen extrem schlecht sind. Über konstruktive Vorschläge der Inselbürgermeister will die Landesregierung offensichtlich nicht einmal nachdenken. Entgegen den Anregungen der Bürgermeister der Ostfriesischen Inseln wollen Bode und Sander alle Genehmigungen für an der Küste

geplante Kohlekraftwerke „grundsätzlich unbefristet“ erteilen.

Auch bei der notwendigen Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist Niedersachsen nicht gut vorbereitet. Die im Generalplan Küstenschutz vorgesehenen Deichhöhen haben nach Meinung von Experten nicht die notwendigen Sicherheitsreserven für die kommenden Jahrzehnte und bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Da Deichbau extrem langfristig angelegt ist, müsse auch hier ein Umdenken erfolgen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Auf welches konkrete und verbindliche Klimaziel für 2020 und 2050 verpflichtet sich die Landesregierung für das Land Niedersachsen?
2. Wann wird die Landesregierung das zur Umsetzung des Klimaziels notwendige verbindliche Klimaschutzkonzept, ein Klimaschutzgesetz und ein konkretes Maßnahmenpaket vorlegen?
3. Wann wird die Landesregierung Zielsetzungen im Küstenschutz zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vorlegen, die über die unzureichenden Festlegungen im Generalplan Küstenschutz hinausgehen?

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Wenzel. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Sander das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Vorbemerkungen zum Klimaschutz machen, bevor ich zur Beantwortung Ihrer Fragen komme.

Die Niedersächsische Landesregierung unterstützt die aktuellen Beschlüsse der Umweltministerkonferenz zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen. Aufgrund des weltweiten Ausstoßes von klimaschädlichen Treibhausgasen kann Klimaschutzpolitik nur wirksam sein, wenn sie global angelegt ist. Hierzu müssen die entscheidenden Weichenstellungen von der internationalen Staatengemeinschaft durch international verbindliche Vereinbarungen vorgenommen werden. Es ist daher von großer Wichtigkeit, dass auf der Klimakonferenz in Kopenhagen

Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und Reduktionspflichten für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer vereinbart werden, und zwar mit dem Ziel, die klimabedingte Erderwärmung bis 2050 um 2 °C gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen.

Vor diesem Hintergrund werden die im Klima- und Energiepaket der Europäischen Union und im integrierten Energie- und Klimaprogramm des Bundes enthaltenen Ziele und Maßnahmen von der Landesregierung voll unterstützt und in Niedersachsen umgesetzt. Darüber hinaus werden von der Landesregierung landesspezifische Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels entwickelt und auf den Weg gebracht. So hat die Landesregierung in den letzten zwei Jahren wichtige programmatische Grundlagen in den Themenbereichen Klimaschutz und Klimawandelanpassung gelegt.

Im Oktober 2008 hat das Ministerium für Umwelt und Klimaschutz das Strategiepapier „Der Klimawandel als Herausforderung für Staat und Gesellschaft“ veröffentlicht, in dem die regionalen Auswirkungen des Klimawandels in Niedersachsen und mögliche Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beschrieben werden. Ferner hat das Kabinett im Februar 2009 ein Positionspapier „Klimaschutz“ beschlossen, das in zehn Handlungsfeldern eine Vielzahl von Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasen in Niedersachsen darstellt.

Diese beiden Positionspapiere sind wichtige Bausteine für ein niedersächsisches Klimaprogramm, das die Landesregierung im Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen entwickeln wird. Hierzu hat Niedersachsen als erstes und bisher einziges Land im vergangenen Jahr eine Regierungskommission Klimaschutz eingerichtet. In dieser Kommission werden gemeinsam mit Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Landwirtschaft, Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie Kirchen Handlungsstrategien zur Vermeidung von Treibhausgasen und zur Anpassung des Landes an die Folgen des Klimawandels entwickelt. Die in den Beratungen der Regierungskommission erarbeiteten Konzepte werden 2012 in ein umfassendes Klimaschutzprogramm für Niedersachsen einfließen.

Unabhängig von der Regierungskommission hat die Landesregierung mit den notwendigen Schritten zur CO₂-Vermeidung begonnen. So wird der

Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere von Windkraft und Biomasse, in Niedersachsen weiter vorangetrieben. Zudem hat die Landesregierung verschiedene Initiativen zur Verbesserung der Energieeffizienz im kommunalen, betrieblichen und privaten Bereich gestartet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei im Bereich des kommunalen Klimaschutzes.

Mit der am 1. April 2009 in Kraft getretenen Energieeffizienzrichtlinie werden im Rahmen des EFRE-Programms bis 2013 insgesamt 12 Millionen Euro für eine energetische Sanierung öffentlicher Gebäude zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist doch Pippifax!)

Darüber hinaus werden in diesem Jahr mit Mitteln des Sozialministeriums in Höhe von 29 Millionen Euro energetische Sanierungsvorhaben in kommunalen Gebäuden im Rahmen des Bund-Länder-Investitionspakts gefördert.

Zudem hat das Ministerium für Umwelt und Klimaschutz über die Richtlinie „Energieeffiziente Straßenbeleuchtung 2009“ mit einer Summe von 2 Millionen Euro die Modernisierung der Straßenbeleuchtung in 88 Kommunen gefördert. Im nächsten Jahr stellt das Ministerium einen Betrag von bis zu 1 Million Euro für den gemeinsam mit dem Sozialministerium und den kommunalen Spitzenverbänden entwickelten Wettbewerb „Klimakommune 2010“ zur Verfügung, bei dem innovative Klimaschutzkonzepte in Städten, Gemeinden und Landkreisen ausgezeichnet werden sollen.

Die Landesregierung unterstützt die Unternehmen in Niedersachsen bei der Durchführung von Maßnahmen zu Energie- und Kosteneinsparungen. Zu diesem Zweck fördert das Land mit einem Betrag von 356 000 Euro gemeinsam mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen die Einrichtung von „Transferzentren Energieeffizienz“, in denen in einem moderierten Prozess erfahrene Unternehmer andere Unternehmen bei der Durchführung von Energiesparmaßnahmen im betrieblichen Bereich beraten. Die Ergebnisse dieses Förderprojektes wird die Landesregierung nutzen, um den Leitfaden „Betriebliches Energiemanagement“ zu aktualisieren. Damit erhalten alle Unternehmen in Niedersachsen die Möglichkeit, von den Ergebnissen der Transferzentren Energieeffizienz zu profitieren.

Zur Beratung von Privathaushalten hat die Landesregierung bereits vor vielen Jahren die „Landesinitiative Energieeinsparung“ gestartet. Gegenwärtig

wird im Ministerium für Umwelt und Klimaschutz das Konzept einer Landesinitiative Altbausanie rung entwickelt. Sie sieht eine Bündelung vorhandener Beratungsprogramme, eine landesweite Öffentlichkeitskampagne und die Förderung von Beratungsleistungen bzw. investiven Maßnahmen vor.

Meine Damen und Herren, aber auch im Hinblick auf den Klimawandel handelt die Landesregierung bereits. Besonders im Blick steht dabei der Küstenschutz. Der Schutz der niedersächsischen Küste und der vorgelagerten Ostfriesischen Inseln vor Sturmfluten und Küstenerosion ist eine Daueraufgabe der Landesregierung. Der Generalplan Küstenschutz enthält eine umfangreiche Bestandsaufnahme. Der Plan ist unsere Standortbestimmung. Die Fortschritte der zurückliegenden Jahre werden darin belegt. Er zeigt aber auch die noch bestehenden Defizite, die möglichst kurzfristig abgebaut werden müssen. Mit ihm wird somit die Grundlage für die Arbeit der Küstenschützer in den kommenden Jahren geschaffen.

In die Festlegung der Deichhöhen fließen die wissenschaftlichen Erkenntnisse der vergangenen Sturmflutereignisse ein. Ein kontinuierlicher Anstieg des Meeresspiegels ist bereits seit der letzten Eiszeit zu verzeichnen. Von zunehmender Bedeutung für den Küstenschutz sind die Auswirkungen der Klimaveränderung in Form eines verstärkten Anstiegs des Meeresspiegels und einer Zunahme der Stürme. Der UN-Klimarat erwartet bis Ende des 21. Jahrhunderts einen Meeresspiegelanstieg von etwa 2 bis 6 dm. Hierauf hat die Landesregierung reagiert, indem das Vorsorgemaß für den zu erwartenden Meeresspiegelanstieg bei der Bemessung der niedersächsischen Hauptdeiche von 25 cm auf künftig 50 cm verdoppelt wurde.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das sind alte Zahlen, Herr Minister!)

- Ich glaube, das hat die Landesregierung vor ca. zwei Jahren beschlossen. - Die derzeitige Sicherheitsphilosophie beim Küstenschutz ist darauf ausgerichtet, die Deiche so sicher zu machen, dass sie dem zu erwartenden höchsten Tidehochwasser widerstehen und das geschützte Gebiet vor allem vor Sturmfluten bewahrt wird. Bei Neubauten oder erforderlichen Nacherhöhungen von Küstenschutzbauwerken wird bereits das obige Vorsorgemaß von 50 cm berücksichtigt.

In aller Regel ist eine Verstärkung in Erdbauweise errichteter grüner Deiche auch möglich. Bei Massivbauwerken entlang der Deichlinie wird die

Gründungsstatik schon heute grundsätzlich so bemessen, dass im Regelfall eine spätere Nacherhöhung dieser Bauwerke kostengünstig erfolgen kann. Damit ist auch bei einem verstärkten Meeresspiegelanstieg eine rechtzeitige Erhöhung aller Küstenschutzanlagen möglich.

Wesentlich ist es, den technischen und wissenschaftlichen Kenntnisstand laufend zu verbessern. Der Sicherheitsstand der Küstenschutzanlagen ist regelmäßig zu überprüfen. Die früher vorhandenen langen Maßstäbe werden wir verkürzen. Dazu werden nationale und internationale Kooperationen gepflegt. Insofern ist Niedersachsen gut aufgestellt, was den vorsorgenden Küstenschutz betrifft.

Die Umsetzung der EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie ist bis zum 22. Dezember 2015 zu erstellen. Diese ist nicht nur für das Binnenland, sondern auch für den Küstenbereich erforderlich. Dort sollen die Risikomanagementpläne die nachteiligen Folgen eines Extremereignisses verringern. Dazu sind angemessene Ziele für das Hochwasserrisikomanagement festzulegen.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage im Einzelnen:

Zu Frage 1: Für die Landesregierung ist die enge gesellschaftliche Kooperation wesentliche Voraussetzung für erfolgreichen Klimaschutz in Niedersachsen. Es ist daher aus der Sicht der Landesregierung der einzig richtige und erfolgreiche Weg, die zentrale Frage eines Klimaziels im Rahmen der Regierungskommission Klimaschutz zu klären. Die bisherigen Beratungen haben ergeben, dass sich die Regierungskommission zunächst auf die Erarbeitung konkreter Klimaschutzmaßnahmen konzentrieren will und die nähere Erörterung eines Klimaziels des Landes zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll. Insofern bleibt der weitere Gang der Kommissionsberatungen abzuwarten.

Zu Frage 2: Die von der Regierungskommission erarbeiteten Empfehlungen fließen in ein umfassendes Klimaschutzprogramm für Niedersachsen ein, das die Landesregierung 2012 vorlegen wird. Insofern verweise ich auf meine Vorbemerkungen.

Zu Frage 3: Die Landesregierung hat bereits die zurzeit im Küstenschutz erforderlichen kurz- und mittelfristigen Ziele zur Anpassung an die absehbaren Folgen des Klimawandels vorgegeben. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, die die Erstellung von Hochwasserrisikomanagement-Plänen

auch für den Küstenbereich vorschreibt, wird die Landesregierung innerhalb der vorgesehenen Fristen auch angemessene Ziele für das Risikomanagement festlegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Zu einer ersten Zusatzfrage von der Fraktion DIE LINKE hat Frau Kollegin Flauger das Wort. Bitte schön!

Kreszentia Flauger (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Firma E.ON in Nordwest-Niedersachsen momentan sogenannte Aufsuchungsverfahren für die Verpressung von CO₂ in den Untergrund durchführt, frage ich die Landesregierung, wie es ihrer Ansicht nach möglich ist, zu verhindern, dass durch die großflächige Sicherung von Flächen durch solche Energiekonzerne Gebiete für die Tiefengeothermie entzogen werden, weil da jetzt Aufsuchungsverfahren für CO₂-Verpressungen stattfinden sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Sander das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Flauger, es sind bergrechtliche Anträge gestellt worden, die jetzt abgearbeitet werden.

Zu Ihrer Frage zur Geothermie: Die Geothermie hat für Niedersachsen eine erhebliche Bedeutung. Dabei besteht erheblicher Forschungsbedarf, weil wir dadurch auch für die Zukunft Wärme gewinnen können. Die Wärmegewinnung - die Menschen wollen sich wohlfühlen - hat im Grunde zu den Problemen bei CO₂ geführt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Miesner von der CDU-Fraktion.

Axel Miesner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat hier deutlich dargelegt, welche Maß-

nahmen und Initiativen die Landesregierung inzwischen ergriffen hat. Er hat auf die Regierungskommission hingewiesen, die intensiv Vorschläge erarbeitet.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Frage!)

- Ja, die kommt gleich. - Er hat auch darauf hingewiesen, dass inzwischen ein Positionspapier mit zehn Handlungsmaßnahmen erarbeitet worden ist. Ich frage die Landesregierung jetzt konkret: Welche Bereiche umfasst das Klimaschutzprogramm für Niedersachsen insgesamt, das Sie, Herr Minister Sander, dargestellt haben?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Sander.

(Heiner Bartling [SPD]: Ich verweise auf meine Regierungserklärung von eben! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Alles schon vorgetragen!)

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Es ist schön, wie hilfreich die Opposition ist, die die Beantwortung dieser Frage schon vorgenommen hat,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dafür sind wir bekannt!)

nämlich dass ich auf meine Erklärungen von eben hinweisen sollte, in denen ich das ziemlich klar gesagt hat. Ich glaube aber, Herr Kollege Miesner, Sie wollten hier noch einmal klar und deutlich hören - so jedenfalls habe ich Ihre Frage verstanden -, dass die Klimaschutzkommission für uns deshalb von so erheblicher Bedeutung ist, weil wir dieses Programm nur mit ihr gemeinsam entwickeln wollen. Ich habe in diesem Zusammenhang klar und deutlich gesagt: Wenn die vier Arbeitskreise der Kommission, in der sehr prominente Wissenschaftler und Praktiker mitarbeiten, ihre Vorschläge vorgelegt haben, werden sie in ein Klimaprogramm 2012 einmünden.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion DIE LINKE Herr Dr. Sohn. Herr Dr. Sohn, Sie haben das Wort.

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Sander, ich habe noch eine Nachfrage zu Ihrer Antwort zu den Deichen. Ich hoffe, ich habe Ihre Zahlen richtig verstanden. Sie haben gesagt: Wir erhöhen die Deiche aufgrund der Prognosen der Forschung, dass der Meeresspiegel bis zu 60 cm ansteigen wird, um 25 bis 50 cm. Dafür stellen Sie die entsprechenden Mittel bereit. - Dazu habe ich folgende Frage: Bis zu welcher Höhe könnte und dürfte der Meeresspiegel aus der Sicht der Landesregierung ansteigen, um mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln erstens unsere Ostfriesischen Inseln und zweitens die Norddeutsche Tiefebene vor den Ereignissen zu schützen, die mit dem Ansteigen des Meeresspiegels zusammenhängen?

(Ulf Thiele [CDU]: Eine solche Frage kann nur jemand stellen, der aus Peine kommt!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Sander das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in meiner Antwort zum Thema Küstenschutz- und Klimaschutzmaßnahmen habe ich darauf hingewiesen - Herr Wenzel hat dazu sogar einen Zwischenruf gemacht -, dass wir diese Maßnahmen bereits in die vorsorgenden Küstenschutzmaßnahmen der Landesregierung mit eingebaut haben. Bei neueren Deichertüchtigungen und anderen notwendigen Maßnahmen gehen wir von den Daten aus, die uns der UN-Klimarat übermittelt hat. Auch das habe ich eben schon gesagt. Es gibt sehr unterschiedliche Prognosen von 5 bis 7 dm. Diese Prognosen werden wir beachten und entsprechend umsetzen.

Ich sage Ihnen aber auch: Hier nur mit Ängsten zu arbeiten und Geld in Maßnahmen zu investieren, die dem Klima unter Umständen nicht dienen, sondern aufgrund der damit verbundenen riesigen Baumaßnahmen, der zahlreichen Transporte und der umfangreichen Zementerzeugung usw. sogar schaden und zu einer unnötigen zusätzlichen CO₂-Erzeugung führen, wäre meines Erachtens der falsche Weg.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage wird von der Fraktion DIE LINKE gestellt. Herr Herzog, Sie haben das Wort.

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Minister, zunächst einmal gehe ich davon aus, dass Ihre Wortschöpfung „Energiespaßnahmen“ ein echter Freud'scher war.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Und nun kommen Sie bitte zur Frage!

Kurt Herzog (LINKE):

Jetzt komme ich zur Frage. - Das Bremer Energie Institut hat für den Zukunftsrat Hamburg eine Studie entwickelt und darin festgehalten, dass es bei Umsetzung der Pläne für Kohlekraftwerke insbesondere in Niedersachsen nicht nur zu einer Stromüberproduktion von 150 %, sondern auch zu einer Verdreifachung des CO₂-Ausstoßes kommt. Mit welchen Maßnahmen hält die Landesregierung es für möglich, die prognostizierte Verdreifachung des CO₂-Ausstoßes aufzufangen bzw. die CO₂-Ausstoßquote zu vermindern?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Sander das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Herzog, das war in der Tat ein Freud'scher Versprecher. Ich erwähne es trotzdem noch einmal; denn Energie sparen muss Spaß machen. Wenn es den Bürgern keinen Spaß macht, strengen sie sich nicht an. Insofern ging mein Versprecher durchaus in die richtige Richtung.

Sie haben eben die Kohlekraftwerksplanung in Niedersachsen angeführt. Für den Fall, dass noch weitere Zusatzfragen dazu gestellt werden sollten, will ich Ihnen sagen: Sieben Planungen sind angedacht. Vier Planungen haben inzwischen etwas konkretere Formen angenommen. Sie wissen eigentlich - deshalb wundere ich mich über Ihre Frage, Herr Herzog -, dass das ganze Thema CO₂-Emissionen durch den Emissionshandel geregelt wird. Von daher ist es wirklich mehr als kleinkariert, wenn Sie jetzt sagen: An der Küste dürfen wir nicht bauen, weil wir dort eine Überversorgung haben. -

Dann dürften wir an der Küste auch keine Windkraftanlagen mehr bauen!

Die Landesregierung hat ein Energiekonzept. Sie will zum Energieland Nummer eins werden bzw. will es bleiben, weil dies Chancen beinhaltet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Kreszentia Flauger [LINKE]: Zeigen
Sie uns das doch noch einmal!)

- Ihnen passt das nicht. Ihnen passt Kohle nicht. Wenn ich erneuerbare Energien als etwas ganz Vorteilhaftes zu über 100 % fördern will, dann ist auch das auf einmal wieder schlecht. Das ist Ihre Denkweise auch mit Blick auf CO₂ ganz allgemein.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir müssen dieses Thema global anfassen. Ich bin froh, dass der Posten des Umweltministers jetzt mit Herrn Röttger besetzt worden ist, der nicht nur jeden Tag Populismus betreibt, sondern mit der Bundeskanzlerin gemeinsam klare Vorgaben macht. Das Ziel ist, die prognostizierte Erderwärmung von 2 °C zu unterschreiten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung möchte jetzt ebenfalls Herr Wissenschaftsminister Stratmann antworten. Bitte schön!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Herzog, ich habe Ihnen schon in einer der letzten Plenarsitzungen gesagt, dass wir unsere Anstrengungen im Bereich der Energieforschung in den letzten Jahren vervielfacht haben, was u. a. mit dazu beigetragen hat, dass wir in einem Jahresbericht der Helmholtz-Gemeinschaft als das Land bezeichnet werden, das im Bereich der regenerativen Energieforschung bundesweit die Führung übernommen hat.

Bei der Energieforschung geht es natürlich auch um die Fragen: Wie gehen wir mit CO₂ um? Welche Möglichkeiten gibt es, CO₂-Emissionen auch bei konventionellen Kraftwerken zu reduzieren? - Sie wissen genau so gut wie wir alle, wie breit die Palette da ist, von der Sequestrierung bis hin zu der Frage, welcher Beitrag über Algen usw. geleistet werden kann.

Ich will das hier nur deshalb erwähnen, weil auf der linken Seite dieses Hauses immer wieder der Ein-

druck erweckt wird, als seien wir bei diesen Fragen tatenlos. Das genaue Gegenteil ist aber der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Als zuständiger Forschungsminister lege ich gesteigerten Wert darauf und kann ich auch nachweisen, dass wir auch bei den Forschungsbudgets in diesem Bereich erhebliche Zuwächse zu verzeichnen haben, sodass wir heute für den Bereich der regenerativen Energien sagen können: Niedersachsen ist bundesweit in der Tat zum Energieland Nummer eins geworden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage von der CDU-Fraktion stellt Herr Kollege Bäumer. Sie haben das Wort.

Martin Bäumer (CDU):

Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung: Wie ist die Forderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu bewerten, die Landesregierung solle im Kontext von Kopenhagen möglichst rasch ein Landesklimaziel festlegen? - Ich frage dies auch vor dem Hintergrund, Herr Minister, dass nicht nur heute in der *Welt* zu lesen war, dass es durchaus Wissenschaftler gibt, die in der Lage wären, die bisherige Klimatheorie zu erschüttern.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Bäumer. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Sander das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bäumer, vorab möchte ich Folgendes sagen: In meinen Ausführungen ist unser Politikansatz sehr deutlich geworden. Wir wollen im Lande mit allen gesellschaftlichen Gruppen in kooperativer Form landesspezifische Maßnahmenprogramme entwickeln. Die sind unbedingt notwendig, damit die Klimaschutzziele, die die Bundesregierung aufgestellt hat, und auch die ambitionierten Klimaschutzziele der Europäischen Union erreicht werden können.

Ich bin froh, dass es jetzt durch die Klimakonferenz mit 192 Staaten in Kopenhagen - wir müssen uns ja eigentlich schon über jeden kleinsten Erfolg freuen - insbesondere auch durch die Bundesregierung und deren Mittelbereitstellung dazu

kommt, dass das Thema global so bedeutungsvoll wird, dass auch die Länder mit einbezogen werden, die sich im Augenblick noch etwas abseits bewegen.

Eines müssen wir doch sachlich feststellen - Herr Wenzel, Sie könnten das eigentlich auch einmal tun -: Selbst wenn wir heute die Emissionen um 50 % reduzieren würden - die wissenschaftlichen Fakten werden auch Sie wohl nicht infrage stellen -, wird es, wenn es uns nicht gelingt, die USA und China in diese globale Vereinbarung mit einzubeziehen, bis zum Jahre 2050 oder 2060 einen weiteren Temperaturanstieg geben, zum Teil mehr als 2 Grad Celsius. Deshalb ist alles, was wir machen, sehr wichtig.

Ich möchte eine weitere Zahl nennen, die wir vor Kurzem in Brüssel noch einmal klargemacht haben - wir nehmen ja auch Kontakt zu Brüssel auf -: Die Europäische Union erzeugt ungefähr 12 bis 13 % der CO₂-Emissionen. Deutschland hat daran einen Anteil von ungefähr 3 %. Niedersachsen - das können Sie leicht ausrechnen; das ist der zehnte Teil davon - hat dabei einen Anteil von 0,3 %. Diese 0,3 % müssen wir reduzieren, insbesondere die durch Menschenhand verursachten Emissionen. Das ist unsere Aufgabe. Über die Zahlen kann man sich ja vielleicht auch einmal sachlich unterhalten. Die Verantwortung, die wir global haben, wird diese Landesregierung in dieser Dimension wahrnehmen. Ich weiß, das passt Ihnen nicht. Ihnen passt nicht, dass wir das mit unterschiedlichen Maßnahmen so vorbildlich mit der Bevölkerung durchziehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ihnen passt es erst recht nicht, dass wir jetzt eine Bundesregierung haben, die mehr zustande bringt, als Rot-Grün zustande gebracht hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Klopp von der CDU-Fraktion.

(Ingrid Klopp [CDU]: Meine Frage ist ausführlich beantwortet!)

- Herzlichen Dank. Sie zieht zurück.

Dann hat Herr Kollege Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister, die Tatsache, dass Sie sich noch nicht einmal das Klimaziel der Bundesregierung für Niedersachsen zu eigen machen, hat mich in der Tat etwas erschüttert. Vor dem Hintergrund, dass der Vorsitzende der Regierungskommission Klimaschutz dem Umweltausschuss bei seiner Sitzung im Januar dieses Jahres mitgeteilt hat, dass er sich mit seiner Kommission als Sparringspartner und Innovationsplattform versteht, dass es aber Aufgabe der Landesregierung bleibt, ein konkretes Klimakonzept vorzulegen und es danach politisch zu vertreten, frage ich Sie: Zu welchem Zeitpunkt werden Sie ganz konkret Ihr Konzept, Ihre Zahlen und Ihre Maßnahmen dem Parlament zur Beratung vorlegen?

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Sander. Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wenzel, auch wenn Sie immer wieder wiederholen, dass es nicht so sei: Die Landesregierung unterstützt die Klimaschutzziele der Bundesregierung. Wenn Sie das in Zweifel ziehen wollen, dann schauen Sie einmal in die Protokolle der Umweltministerkonferenz der Länder. Dort steht, dass wir sie immer wieder mit unterstützt haben.

Auf der letzten Umweltministerkonferenz - ob das große Wirkung zeigen wird, ist abzuwarten - haben wir darüber hinaus unsere Erwartungen als Länder an den Klimagipfel in - - -

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ich hatte nach dem Konzept gefragt!)

- Darauf komme ich gleich. Aber ich muss doch erst mal etwas zu Ihren Unwahrheiten sagen. Sie stellen hier einfach etwas in den Raum, und dann steht das als gegeben im Protokoll. Dann heißt es: Er hat nicht darauf geantwortet. - Ich kenne Sie doch!

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt zu den Ausführungen des Vorsitzenden der Regierungskommission Klimaschutz im Umwelt-

ausschuss. Es ist richtig, die Arbeit der Klimaschutzkommission, insbesondere mit Professor Schneidewind, läuft ausgezeichnet. Ich kann den Männern, die dort aktiv mitarbeiten, nur danken.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Nur Männer?)

- Und Frauen! Ich war doch noch nicht am Ende, Herr Jüttner.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Doch, Sie sind im Kern am Ende!)

- Ja, ja. Mit Ihrer Umweltpolitik sind Sie schon vergessen. Die kramen wir ab und zu noch einmal hervor, um sie wieder zum Leben zu erwecken und daran zu erinnern, was da alles falsch gelaufen ist. Aber das steht auf einem anderen Blatt.

Die Arbeitskreise werden uns zuarbeiten, und wir werden dieses Programm - wie ich es Ihnen gesagt habe, Herr Wenzel - im Jahr 2012 vorlegen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: So spät? Und was soll in den zwei Jahren passieren? Aber noch vor der Wahl?)

Ich gehe davon aus, dass es in der Zwischenzeit immer wieder Gelegenheit geben wird, die Zwischenergebnisse einzusehen. Es werden ja einzelne Module erarbeitet. Das Programm wird ja nicht sozusagen um 12 Uhr komplett vorgestellt. Das wird in Facharbeitskreisen abgearbeitet. Es werden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, die dann vorliegen und jederzeit mit beraten werden können. Dazu haben Sie jede Möglichkeit.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Aber vor der nächsten Wahl wollen Sie es noch schaffen?)

Aber das ist vielleicht der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Diese Landesregierung nimmt das Parlament sehr ernst, insbesondere die Parlamentarier.

(Zustimmung bei der CDU)

Ihnen wird genügend Gelegenheit gegeben, ihre Entschlüsse mit einzubringen. Die gehen allerdings über das hinaus, was sich die Grünen vorstellen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Herr Kollege Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt eine weitere Zusatzfrage.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie glauben, Herr Minister, Sie könnten in Niedersachsen machen, was Sie wollen, neue Kohlekraftwerke bauen usw.,

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Es geht immer noch nach Recht und Gesetz!)

und gleichzeitig glauben, der Emissionshandel würde dafür sorgen, dass am Ende auf der Welt alles gerichtet wird, frage ich Sie: Welche Branchen und Sektoren sollen diese Einsparungen bewirken? In Ihrem Europaprogramm fordern Sie ja, dass die Anlagen der energieintensiven Branchen langfristig eine vollständige kostenlose Verschmutzungszertifikatszuteilung auf Basis von Benchmarks erhalten sollen. Gleichzeitig soll dies auch für hoch effiziente industrielle Energieerzeugungsanlagen gelten. Mithin eigentlich alle.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Sander. Bitte schön!

(Christian Meyer [GRÜNE]: Dann muss man bei Haushalt und Verkehr einsparen!)

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In jeder Vorbemerkung von Herrn Wenzel steckt etwas, das falsch ist: Ich baue kein Kohlekraftwerk.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sie wollen es aber! Sie unterstützen das!)

Die Landesregierung baut auch keins. Das sind Investoren, die das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren zur Prüfung der Umweltverträglichkeit usw. haben. - Das erst einmal vorweg.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Aber Sie stellen erst einmal die Behauptung auf, ich baue Kohlekraftwerke.

Zweitens. Ich dachte, Sie wären der absolute Umweltguru. Das ist aber nicht so. Sie reden vom globalen Emissionshandel. Das ist aber Quatsch. Es gibt nur einen europäischen Emissionshandel.

Herr Wenzel, ich habe Sie immer hoch geschätzt. Aber wenn Sie die Grundbegriffe, die notwendig sind, um das zu begreifen, hier falsch anwenden oder vermischen, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn man hier nicht mehr ganz ruhig bleiben kann. So geht das nicht!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie bereit sind, das auch in den Vorbemerkungen richtig darzustellen, dann können wir darüber reden.

Sie haben die energieintensiven Betriebe angesprochen. Vielleicht können wir das Thema „Kohle“ einmal beiseite lassen, weil in diesem Bereich die Technologie noch erheblich verbessert werden muss. Es ist immer das Ziel der Landesregierung gewesen, Möglichkeiten zu schaffen, um die Abscheidetechnik zu forcieren, insbesondere in der Forschung.

Bei den energieintensiven Betrieben haben Sie in der Vergangenheit und auch jetzt meines Erachtens immer etwas falsch gemacht. Wir müssen nämlich immer beide Gesichtspunkte, Ökologie und Ökonomie, betrachten: Was ist ökologisch machbar und vertretbar, und was ist ökonomisch vertretbar oder unter Umständen schädlich? - Das Schädlichste ist der dritte Ansatz, wenn nämlich die sozialen Belange der Menschen dabei unter die Räder kommen. Das werden Sie von dieser Landesregierung nicht erwarten können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die nächste Zusatzfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Herr Meyer. Sie haben das Wort.

Christian Meyer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage noch einmal nach, ob ich es richtig verstanden habe, dass die Landesregierung erst 2012 ein konkretes Klimaziel und ein konkretes Klimakonzept für Niedersachsen vorlegen will, und wie sie dies als Signal für Kopenhagen bewertet, dass Niedersachsen erst nach neun Jahren Regierungszeit von CDU und FDP ein Konzept dazu vorlegen will, wie es mit dem Problem des Klimawandels umgehen will.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Das könnte ich auch als zwei Fragen interpretieren. Aber da schon zweimal Fragen nach 2012 beantwortet worden sind, sehe ich Ihren Beitrag als nur eine Frage an. - Herr Minister Sander, Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manche aus Holzminden brauchen es dreimal: Ja, es ist richtig, 2012.

Herr Kollege Wenzel, Ihnen hatte ich gerade die einzelne Schritte erklärt und dargestellt, wie sie vorgenommen werden, also mit Einzelberatungen, die wir auch Ihnen vorstellen werden. Aber dabei hat sich der Kollege Meyer wie immer unterhalten und konnte das nicht mitkriegen. Insofern bedaure ich das.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Christian Meyer [GRÜNE]: Da habe ich zugehört! Das mit dem Signal an Kopenhagen ist nicht beantwortet!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Herzog von der Fraktion DIE LINKE. Sie haben das Wort.

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass Sie gerade gesagt haben, das Problem der Verdreifachung des Ausstoßes von CO₂ durch niedersächsische Kohlekraftwerke lösten Sie damit, dass sich Niedersachsen über den Emissionshandel herauskaufe, hatte ich erwartet, dass Sie das Allheilmittel der CCS-Technologie, also die CO₂-Abscheidung, viel früher aus der Ministertasche ziehen. Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Tatsache, dass der Energieriese DONG gerade sein letztes Kohlekraftwerkprojekt mit der Ansage gekippt hat, die CO₂-Abscheidetechnik CCS sei viel zu unsicher und die Kosten seien viel zu hoch?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Sander. Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Herzog, ich glaube nicht,

dass ich gesagt habe, dass die Landesregierung den CO₂-Ausstoss aus Kohlekraftwerken steigern will. Ich habe nur ein Beispiel genannt, dass diese Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen heraus eine eigene Entscheidung treffen.

Sie haben DONG angesprochen. Die Entscheidung, CCS, also die Abscheidungstechnik, einzusetzen, ist auch eine Entscheidung der Unternehmen. In diesem Bereich ist die Bundesregierung in der letzten Wahlperiode gescheitert. Sie ist Gott sei dank daran gescheitert, weil sie ein CCS-Gesetz machen wollte, ohne die berechtigten Interessen der Länder zu berücksichtigen. Daher wird das Thema wahrscheinlich wieder auf die Tagesordnung kommen müssen; denn das ist *eine* Technologie zur Reduzierung von CO₂. Aber es gibt auch andere. Eine Möglichkeit ist auch, die Effizienzgrade zu steigern. Das ist also klar.

Jetzt sage ich noch etwas, weil es häufig zu Missdeutungen kommt: Meine Damen und Herren, wir haben eine Chance - vielleicht nicht als Niedersachsen - verspielt, auf die gerade Sie, Herr Kollege Wenzel, immer wieder großen Wert legen, nämlich die Kraft-Wärme-Kopplung bei der Energieerzeugung unbedingt nach vorne zu bringen.

Es gab einen Investor, der das machen wollte, womit er einen Nutzungsgrad von über 90 % erreicht hätte: 46 % Wirkungsgrad und zusätzlich der Nutzungsgrad von der Abwärme. Das wäre für die Region ideal gewesen.

Dann gibt es - das sage ich als Umweltminister ganz klar und deutlich - auch einige, die sich jetzt freuen. Die machen aber vielleicht die Rechnung ohne den Wirt. Wenn dort zwei Unternehmen sind - das eine will diese Technologie anbieten und auch Wärme liefern -, dann besteht unter Umständen die Gefahr, dass nichts mehr geschieht, weil dann kein Kohlekraftwerk mehr gebaut wird und dieser Standort nicht mehr infrage kommt.

Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren. Deshalb muss die Technologie der Kraft-Wärme-Kopplung gerade bei Großkraftwerken nach vorne gebracht werden. Es wäre im Grunde genommen ein Schlager für unsere Exportwirtschaft, wenn wir gerade in dieser Technologie an der Spitze stünden. Sie sollten das endlich einmal zur Kenntnis nehmen und sagen: Herr Sander, da unterstützen wir Sie. - Ich will ja Kraft-Wärme-Kopplung!

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Wo haben Sie das denn festgeschrieben

in den Genehmigungsvorbehalten?
Das haben Sie nie verlangt!)

Ich wundere mich, dass das Thema Kraft-Wärme-Kopplung von Ihnen noch nicht gekommen ist. Von daher müssen Sie immer die vielfältigen Dinge möglichst gemeinsam bewerten.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Das haben Sie niemals verlangt! Sie haben immer gesagt: Sie können bauen, wo sie wollen und was sie wollen! Sie haben niemals gesagt: Unter der Bedingung der KWK!)

- Parlamentarisch darf ich nicht bewerten, was Sie gerade gesagt haben. Ich schätze Sie ja sonst, Frau Kollegin, wie Sie wissen.

(Zuruf von der SPD: Sehr verdächtig!)

- Sehr verdächtig? - Gut. Das ist aber nicht mein Problem. - Frau Kollegin, ich habe Ihnen eben wieder erklärt: Die können bauen, wo sie wollen. Das ist absoluter - - - Bei mir zu Hause sagt man „Blödsinn“ oder „Schwachsinn“. Aber hier sage ich das nicht.

(Zuruf)

- Ich habe ja gesagt: Bei mir zu Hause würde man das sagen. - Wir haben ja ein geordnetes Verfahren, ein rechtsstaatliches Verfahren, ein Genehmigungsverfahren nach dem Immissionsrecht und allen anderen Dingen wie dem Wasserrecht und dem Umweltrecht, die beachtet werden müssen.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Nur zur Klarstellung: Falls ein Kollege oder eine Kollegin so verfahren würde, würde ich einen Ordnungsruf erteilen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Victor Perli [LINKE]: Auch er ist ein Kollege von mir!)

- Herr Kollege Perli, Sie sollten einmal in der Geschäftsordnung nachlesen, dann würden Sie ihn verstehen. Ich erkläre Ihnen das gerne nachher.

Für die SPD hat sich Herr Kollege Meyer zur nächsten Zusatzfrage zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Rolf Meyer (SPD):

Frau Präsidentin! Vor dem Hintergrund, dass Minister Sander vorhin ausgeführt hat, dass Niedersachsen das erste und bisher einzige Bundesland sei, das eine Regierungskommission Klimaschutz

eingerichtet habe, frage ich: Kann das daran liegen, dass diese Regierungskommission einfach überflüssig ist, weil wir kein Erkenntnisdefizit haben, sondern ein Umsetzungsdefizit, sodass es von daher völlig unnötig ist, bis 2012 zu warten?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Sander. Sie haben das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Meyer, die Regierungskommissionen haben in Niedersachsen eine lange Tradition, und zwar seit Bestehen des Umweltministeriums. Ich vermute, das wissen Sie wieder nicht.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Was soll das denn?)

- Herr Jüttner, selbst in Ihrer Zeit haben Sie Regierungskommissionen weiterbetrieben oder haben sie unterstützt, weil es vernünftig ist. Dann kann es doch nicht sein, dass, weil sich jetzt diese Regierung dieses guten Instruments bedient, auf einmal gesagt wird: Die können Sie gleich einstampfen!

Nein, diese Regierungskommission für Klimaschutz, Herr Kollege Meyer, muss ja gerade nicht durch Forschung wissenschaftliche Erkenntnisse bringen; denn diese Dinge liegen vor. Aber sie macht das, was notwendig ist, nämlich daraus die Folgen für Niedersachsen in seinen unterschiedlichsten Bereichen, für die Wirtschaft, für die Landwirtschaft, für den Tourismus, für die Wasserwirtschaft zu beschreiben. Dazu müssen Maßnahmen ergriffen werden. Das Entscheidende ist: Dazu müssen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen Vorschläge vorlegen. Das dauert eben eine gewisse Weile; denn dabei geht es auch um Vorschläge - ich vermute, Sie könnten sie auf ein Blatt Papier schreiben; dann wüssten wir das -, die umgesetzt werden müssen und die von den Menschen akzeptiert werden müssen.

Das ist im Grunde immer das größte Problem: Wir haben gute Vorschläge, von denen wir selbst überzeugt sind, haben aber nicht realisiert, welche Wirkungen sie unter Umständen bei der Wirtschaft und bei den Menschen draußen haben.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Frau Kollegin Körtner von der CDU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Ursula Körtner (CDU):

Wir sind bei der Erforschung regenerativer Energien spitze; das hat der Herr Wissenschaftsminister gerade vorgetragen. Wir sind bei den erneuerbaren Energien spitze; das hat der Herr Umweltminister vorgetragen. Vor diesem Hintergrund und vor der doch sehr selektiven Wahrnehmung der Opposition, die vieles von dem, was gerade vorgetragen worden ist, gar nicht wahrzunehmen scheint, scheint es, Herr Minister, doch erforderlich zu sein, dass Sie noch einmal erläutern, wie wir das Ziel, 25 % des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken, bis 2020 erreichen werden.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Sander. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete, im Koalitionsvertrag haben wir das vereinbart, und wir haben dieses Ziel hineingeschrieben.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Da müssen Sie bremsen! Das geht ja von allein schnell!)

Für die Regierung ist es wichtig, die Voraussetzungen zu schaffen, die sie schaffen kann, damit den Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, dieses Ziel zu unterstützen. Sie wissen, dass insbesondere die Landesregierung, aber auch die Bundesregierung - ein ganz entscheidender Punkt, um auch die Klimaschutzziele der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen - in die AWZ hineingehen müssen, um dort die Offshoretechnik nach vorne zu bringen. Das hat sowohl ökologisch als auch ökonomisch für die ganze Küste ein Riesenzugpotenzial. Dies ist eine Voraussetzung, die wir mit schaffen müssen.

Dabei geht es auch um Raumordnung. Wir müssen die Trassen in der Nordsee bereitstellen. Wir müssen auch bereit sein, klar und deutlich zu sagen, dass wir neue Transportleitungen brauchen. Es nützt nichts, dass dieser Strom an der Küste

angelandet wird, wir dann aber die Probleme haben, den Strom dorthin zu transportieren, wo er benötigt wird. Dabei muss man manchmal das Kreuz etwas durchdrücken und die Bürger rechtzeitig daran beteiligen und ihnen klar machen, dass das notwendig ist, wenn ich die Klimaschutzziele erreichen will.

Also: Wir forcieren die Windkraft in der Offshorezone.

Als zweiter Bereich ist das Repowering zu nennen. Dazu kann ich von dieser Stelle aus immer wieder an die Kommunen appellieren, sich dieser Sache zuzuwenden und den Mut zu haben, in ein neues Bauverfahren hineinzugehen, das wiederum Ärger verursacht. Das weiß ich. Ich bin lange genug in der Kommunalpolitik, um zu wissen, dass das nicht allen gefällt. Aber diese beiden Dinge sind beim Wind wichtig.

Der zweite Bereich bei den erneuerbaren Energien, wodurch wir dieses Ziel schnellstens erreichen können, ist die Biomasse. Dazu müssen wir ebenfalls die Forschung nach vorne bringen. Wir müssen die Direkteinspeisung nach vorne bringen. Dazu müssen wir unter Umständen das EEG immer wieder so ändern, dass es für die Leute attraktiv ist, dort zu investieren.

Darüber hinaus ist die ganze Palette erneuerbarer Energien weiter nach vorn zu bringen, wie auch der Forschungsminister gerade gesagt hat. Wir müssen die Geothermie nach vorne bringen. Sie hat hier in Niedersachsen ein erhebliches Potenzial. Wir müssen aber auch die Brennstoffzelle nach vorn bringen. Wir müssen alles, was es an erneuerbaren Energien gibt, bündeln. Dann werden wir das Ziel erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die FDP-Fraktion der Kollege Oetjen. Bitte schön!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister, wir haben über das Thema Deichsicherheit gesprochen. Ich hätte gern gewusst, auf welches Fachwissen bzw. auf welche Experten die Landesregierung zurückgreift und ob diese Experten die Sicherheitsmarge, die bei den vorgesehenen Deichhöhen eingeplant ist, unterstützen oder ob es

Experten gibt, die diese als nicht ausreichend kritisieren.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Herr Schellnhuber!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die Landesregierung antwortet. Das macht Herr Minister Sander.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Oetjen, ich habe bereits in meinem Eingangsstatement darauf hingewiesen, welche Klimaveränderungen wir in den letzten 100 Jahren hatten - das ist der Istzustand - und von welchen Erhöhungen wir in diesem Jahrhundert ausgehen. Dazu muss man auf mehrere Experten zurückgreifen. Ich greife immer auch gern auf den Sachverstand der Bürger an der Küste zurück, die einen erheblichen Erfahrungsschatz haben. Wir haben aber auch eigene Forschungseinrichtungen an der Küste. Diese nehmen wir dazu. Wir nehmen unsere Fachverwaltung hinzu. Oberster Maßstab ist das, was uns von den anerkannten Klimaschützern nachgewiesen wird. Das nehmen wir als verlässliche Daten. Wir werden nicht Daten von irgendwelchen Experten nehmen - Herr Wenzel, das wird Sie enttäuschen -, die - aus welcher Euphorie heraus auch immer - das Ende der Welt vorhersagen, wodurch wir zu Maßnahmen verleitet werden, die nicht sach- und fachgerecht sind.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die nächste und zugleich letzte Zusatzfrage für die Fraktion DIE LINKE stellt Herr Dr. Sohn.

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weil es auf Weihnachten zugeht, darf man sich vielleicht etwas wünschen. Ich wünsche mir, dass auf meine eine Frage von der Landesregierung zwei Antworten erfolgen. Ich möchte sowohl von Herrn Stratmann als auch von Herrn Sander wissen - das ist eine Frage, die weit über die Amtszeit Ihrer Regierung hinausgeht -, ob Sie davon ausgehen bzw. ob Sie darauf hinarbeiten, dass die gegenwärtige niedersächsische Küstenlinie bis zum Ende dieses Jahrhunderts verteidigt werden kann.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die Fragen werden an die Landesregierung gestellt. Für die Landesregierung möchte wer zu-

nächst antworten? - Herr Minister Stratmann. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Dr. Sohn hat mir eben so tief in die Augen geschaut, dass ich davon ausgegangen bin, dass er von mir zuerst eine Antwort erwartet.

(Oh! bei der SPD)

Herr Kollege Sander hat ja darauf hingewiesen, dass wir uns dabei in einem hoch spekulativen Bereich bewegen. In der Tat gibt es ganz unterschiedliche Annahmen bezüglich des Anstiegs des Meeresspiegels. Ich glaube, man ist klug beraten, wenn man im Sinne des Kollegen Sander versucht, ein seriöses Mittelmaß zu finden.

Ich will nicht verschweigen, dass derzeit bei den großen Klimakonferenzen - mit Sicherheit auch in Kopenhagen; da sind wir nicht dabei - auch darüber debattiert wird, ob wir derzeit nicht das Risiko eingehen, gewaltige Fehlallokationen in Kauf zu nehmen. Ich will auf die Niederlande verweisen. Die Niederlande haben schon Vergleichsberechnungen zu der Frage vorgenommen, was der Küstenschutz auf der Basis eines bestimmten angenommenen Anstiegs des Meeresspiegels kosten würde und was andere Maßnahmen kosten würden, bis hin zur Aufgabe von Flächen und dergleichen mehr. Ich weiß, lieber Hans-Heinrich Sander, dass solche Fragen auch in unserer Regierungskommission mit allem Nachdruck und mit aller Seriosität diskutiert werden. Deshalb können wir sie hier ansprechen.

Wenn von uns erwartet wird - von mir als zuständigem Forschungsminister, erst recht aber vom Kollegen Sander -, heute schon zu wissen, was in 50 oder gar 100 Jahren sein wird, hätten wir vermutlich manches Problem, auch manches Haushaltsproblem nicht.

Ich denke, dass wir klug beraten sind, all das ernst zu nehmen, was derzeit debattiert wird, dass gerade wir als großes Küstenland aber auch klug beraten sind, uns nicht in Panik versetzen zu lassen, sondern zu versuchen, seriöse Mittelwege zu gehen, die dafür vonnöten sind. Ich weiß, dass diese Antwort Sie nicht befriedigen kann. Ich bin mir aber sicher, wenn Sie hier stünden, könnten auch Sie keine andere Antwort als die geben, die ich gerade gegeben habe.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Eine weitere Zusatzfrage stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Wenzel. Bitte, Sie haben das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wissenschaftsminister, ich will Ihnen auch einmal tief in die Augen schauen, weil ich die Art und Weise als sehr angenehm empfand, in der Sie auf die Frage eingegangen sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich frage die Landesregierung, ob sie vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Herr Minister Sander bezüglich des zu erwartenden Anstiegs des Meeresspiegels zweieinhalb Jahre alte Zahlen genannt hat, die das IPCC-Panel mittlerweile um den Faktor zwei bis drei nach oben korrigiert hat, bereit ist, diese deutlich höheren Zahlen ernsthaft zu prüfen und mögliche Varianten einer Reaktion beim Küstenschutz zumindest zu diskutieren und dem Landtag die möglichen Kosten für die im Deichbau in aller Regel erforderlichen Planungen über mehrere Jahrzehnte vorzulegen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Sander. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich werden auch die Daten des IPCC berücksichtigt. Aber Ihnen muss klar sein, Herr Wenzel, dass das eine sehr langfristige Aufgabe ist. Wenn Sie Deicherhöhungen vornehmen wollen, brauchen Sie Planungszeiträume von fünf, manchmal auch mehr Jahren. Dabei wird im Laufe der Zeit alles berücksichtigt, was an neuen Daten vorliegt. Die Datengrundlage ist aber erst einmal das, was gesichert ist und von allen anerkannt wird. Wenn wir mit Prognosen arbeiten würden, würden wir unter Umständen unverantwortlich mit Steuergeldern umgehen. Denn alle diese Maßnahmen zur Bekämpfung von Horrorszenarien erfordern erheblich mehr Geld, als es notwendig ist. Es wäre schön, wenn auch Sie Ihren Beitrag dazu leisten würden, mit der Freundlichkeit, die Ihnen eigen ist.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Emmerich-Kopatsch. Sie haben das Wort.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vor dem Hintergrund der Ausführungen, die der Minister zur weiteren Erforschung der CCS-Technologie gemacht hat, frage ich die Landesregierung, welche Haltung sie überhaupt zur Tief Lagerung bzw. Tiefspeicherung des abgeschiedenen CO₂ in den Kavernen der norddeutschen Tiefebene einnimmt.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Sander. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch, ich hatte das schon kurz ausgeführt: Wir nehmen das sehr ernst. Deswegen wurde das CCS-Gesetz, das von dem damaligen Umweltminister Gabriel in den Bundestag eingebracht wurde, von der damaligen Regierungskoalition, insbesondere von der CDU, Gott sei Dank abgelehnt; denn die Fragen, deren Beantwortung uns nur durch weitere Forschung möglich ist, lagen nicht auf dem Tisch. Daher ist ein Forschungsvorhaben unheimlich wichtig.

Ich kann Ihnen sagen: Auch in der Landesregierung ist darüber diskutiert worden, ob man, bevor man Großversuche startet, ein Pilotprojekt unterstützt, das uns Beweise dafür liefert, ob das technisch überhaupt machbar ist, ganz abgesehen von den Folgen des CO₂ und ob das unter wirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten richtig und vertretbar ist. Es kann doch nicht sein, dass wir mehr Energie hineinstecken, als herauskommt. Energieeffizienz spielt dabei also eine erhebliche Rolle.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Zu diesem Punkt liegen keine weiteren Wortmeldungen für Zusatzfragen vor.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11 d** auf:

Wer rettet die Rettungsdienste in Niedersachsen? - Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 16/2007

Die Anfrage wird vom Kollegen Herrn Bachmann eingebracht. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Bachmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Region Hannover laufen zum Jahreswechsel 2010/2011 die Verträge mit den Rettungsdiensten aus. Nach übereinstimmender Ansicht des Wirtschaftsministeriums wie des Innenministeriums - so sind wir informiert - sind die Träger von Rettungsdiensten wie die Region Hannover verpflichtet, die betreffenden Verträge, soweit das bislang genutzte sogenannte Submissionsmodell auch weiterhin verwendet wird, im Rahmen einer Vergabe nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen national auszuschreiben.

Hintergrund dessen ist neben aktueller Rechtsprechung die Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes, in welchem allein mit den Stimmen der Regierungskoalition im Oktober 2007 die Möglichkeit, bei der Auftragsvergabe auch „der Vielfalt der Anbieter und den gewachsenen Strukturen und der Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen“ - das war der alte § 5 des Rettungsdienstgesetzes -, gestrichen wurde.

Die Ausschreibung nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, in welche diese Kriterien nicht einfließen können, hat nach Zeitungsberichten bislang erheblichen Protest unter den gemeinnützigen Rettungsdiensten ausgelöst, die einen Verlust der Arbeitsplätze befürchten, aber auch vor den Auswirkungen auf ihre ehrenamtliche Arbeit in Form der Schnelleinsatzgruppen - SEGen - für den Massenansturm von Verletzten und im Sanitätsdienst des Katastrophenschutzes warnen - *Deister-Leine-Zeitung* vom 27. November 2009 - und welche zwischenzeitlich gegen die Ausschreibung gerichtlich vorgehen; nachzulesen in der *HAZ* vom 9. Dezember 2009.

Der Ministerpräsident hat jedoch in einem Schreiben an eine CDU-Bundestagsabgeordnete aus Hannover eine völlig andere Rechtsauffassung vertreten. Danach müssten die Rettungsdienstleistungen nicht ausgeschrieben werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind - und, wenn ja, warum - nach Auffassung der Landesregierung die Träger von Rettungsdiensten bei der Vergabe der Durchführung der